

Linkes Blatt **DIE LINKE.**

1. Ausgabe / 30. Jahrgang

Für Halle und den
Saalekreis

14. Januar 2020



Alternativer Neujahrsempfang

03.02.2020 ab 10.30 Uhr
Wochenmarkt Neustadt

DIE LINKE.
Stadtverband Halle (Saale)



DIE LINKE.
Fraktion im Stadtrat Halle (Saale)



Foto: Øystein Vidnes, Halle. Lizenz: creativecommons.org/licenses/by/2.0

Liebe Hallenserinnen und Hallenser,

der Stadtverband DIE LINKE. Halle (Saale) und DIE LINKE. Fraktion im Stadtrat von Halle (Saale) laden Sie herzlich zum **ALTERNATIVEN NEUJAHRSEMPFANG** ein.

Wir freuen uns mit Ihnen ins Gespräch zu kommen.
Am **3. Februar in der Zeit von 10.30 – 13 Uhr** möchten wir Sie auf dem **Wochenmarkt Neustadt** willkommen heißen.

Die Bundestagsabgeordnete **Dr. Petra Sitte** und die Landtagsabgeordneten **Henriette Quade, Hendrik Lange** und **Sven Knöchel**, sowie unsere Stadträt*innen haben ein offenes Ohr für Sie. Wir möchten mit Ihnen bei Sekt, warmem Tee und Gegrilltem ins Gespräch kommen. **Wir freuen uns auf Sie!**

Aus der Stadtratssitzung am 18.12.2019

In der Bürgerfragestunde ging es diesmal vor allem um das Thema Klimaschutz. So fragte eine Bürgerin beispielsweise, wann mit einer autofreien Innenstadt in Halle zu rechnen sei. Der Oberbürgermeister verwies auf laufende Beratungen zum Klimaschutzkonzept und betonte, dass ein Verkehrsbüro beauftragt worden sei, Maßnahmen dazu zu entwickeln. Auch Fragen zur Umsetzung der Forderungen von Fridays For Future oder zum kostenlosen ÖPNV wurden gestellt. Man ist auf dem Weg - so die Aussage des Oberbürgermeisters.

Dann wurde die Tagesordnung abgestimmt.

Bodo Meerheim beantragte, den Haushalt für das Jahr 2020 zu vertagen, weil die Beratungen in den Ausschüssen noch nicht beendet seien. Die meisten Ausschüsse haben erst eine Lesung durchgeführt und auch Anträge sind noch nicht alle gestellt und beraten worden, so die Begründung. Der Finanzausschuss am Tage zuvor hatte ebenfalls nur die Bereiche beraten, die bereits abgeschlossen waren. Der Oberbürgermeister widersprach dem Antrag auf Vertagung und betonte, dass der von der Verwaltung vorgelegte Haushaltsentwurf alle Auflagen des Landes erfüllen würde und ausgeglichen sei. Er meinte, dass bei einer Vertagung nicht vor April mit einem genehmigten Haushalt zu rechnen sei und ein gesellschaftspolitischer Stillstand drohe! Die Vertagung sei fahrlässig. Die Stadträte stimmten jedoch für die Vertagung. Es ist wichtig, sich mit dem Haushalt weiter zu beschäftigen, weil Entscheidungen der Stadt für Stadträte nicht nachzuvollziehen sind. Derzeit sind in dem Haushalt viele „Sparmaßnahmen“ eingebaut, die wir nicht mitgehen wollen. So sind im Entwurf Gelder für Vereine und Verbände, für die Jugendarbeit, für die Drogenberatungen gestrichen, viele Personalstellen an wichtigen Schnittstellen sollen gestrichen werden.... Nun ist es an uns, bis zum Januar Vorschläge zu unterbreiten, wie wir diese Schieflage wieder ausgleichen. Leicht wird es nicht, weil wir so gut wie keine „Reserven“ haben und uns das Haushaltskonsolidierungskonzept noch zusätzlich belastet.

Viele weitere Vorlagen, wie z.B. die Fortschreibung des integrierten kommunalen Klimaschutzkonzeptes oder die Attraktivierung des Öffentlichen Straßenpersonennahverkehrs in Halle (Saale) wurden ver-

tagt, weil es noch Diskussionsbedarfe in den Ausschüssen gibt.

Beschlossen wurde die Errichtung des Elsterradweges an der Regensburger Straße und die Errichtung einer neuen Fußgängerbrücke von der Franz-Schubert-Straße zur Saline. Auch eine neue Fußgängerbrücke am Sandanger wird errichtet. Und in Halle-Neustadt wird der Spielplatz Unstrutstraße erweitert. Nicht zugestimmt haben wir einem Bebauungsplan, der in Halle-Dölau die Voraussetzung für ein neues Wohngebiet darstellt. Unsere Gründe dafür bezogen sich vor allem darauf deutlich zu machen, dass hochwertige Ackerflächen versiegelt werden.

Angenommen wurde mit Änderungen die Vorlage zur Entwicklung des Sportstättenkonzeptes 2020-2024 und die Jugendhilfeplanung - Teilplan Kindertagesbetreuung. Zugestimmt haben wir der Prüfung der Einführung einer Mehrkindfamilienkarte.

Ein wiederholter Antrag zur Berufung von sachkundigen Einwohner*innen der AfD-Fraktion wurde abgelehnt, bei namentlicher Abstimmung.

Die Verwaltung (Rechtsamt) hatte deutlich gemacht, dass der Stadtrat eigentlich die Vorschläge nicht ablehnen kann, weil die Fraktion auch das Recht auf bindende Vorschläge hat. Im Stadtrat wurde dann aber von Stadträten angezeigt, dass sie ja abstimmen müssen, also eine Entscheidung zu treffen haben. Personen, die dem rechtsextremen Spektrum zuzuordnen sind, können auch von uns nicht gewählt werden! Wahrscheinlich wird die AfD jetzt den Klageweg gehen. Damit verbinden wir auch die Hoffnung, dass es im Kommunalverfassungsgesetz eindeutige Aussagen geben wird, wie in Zukunft mit solchen Entscheidungen umzugehen ist!

Bei dem Tagesordnungspunkt „Anfragen“ wurde von mehreren Stadträten die Frage aufgeworfen, warum TV-Halle die Stadtratssitzungen nicht mehr überträgt. Die Aussage der Verwaltung war, dass TV Halle für die journalistische Berichterstattung Geld verlangt. Und dass, so die Verwaltung, sei unzulässig.

Nun soll es aber im Januar noch einmal dazu Gespräche geben.

Hoffen wir auf eine Einigung!

Ute Haupt



Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Monat
Januar Geburtstag haben.



Die RLS Sachsen-Anhalt lädt ein:

Dienstag, 21.01.2020, 18:00 Uhr

Vortrag mit Diskussion

Das Schicksal des deutsch-jüdischen
Arztes Dr. Gustav Flörsheim (1894-1943)
mit Dr. Werner Dietrich (Historiker)

im Linken Laden, Leitergasse 4, 06108 Halle (Saale),

gemeinsame Veranstaltung mit dem VVN-BdA Landesverband Sachsen-Anhalt

Der Historiker Dr. Werner Dietrich stellt Ergebnisse seiner Forschungen vor. Der Vortrag gibt anhand der Biografie Gustav Flörsheims einen Einblick in den Widerstand gegen und die Verfolgung durch die NS-Gewaltherrschaft. Der deutsch-jüdische Arzt wurde 1935 ins Zuchthaus „Roter Ochse“ geworfen und 1943 im KZ Auschwitz ermordet.

Montag, 27.01.2020, 20:00 Uhr - 22:30 Uhr,

Szenische Lesung

'Es gibt Zeiten in denen man welkt' - Szenische Lesung und Konzert

mit Bianca Pick (Literaturwissenschaftlerin), Julia Raab (Theaterpädagogin) und der Band 'Die Grenzgänger' im WuK Theaterquartier, Am Holzplatz 7 a, 06110 Halle (Saale)

gemeinsame Veranstaltung mit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit Mitteldeutschland, Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt, Gedenkstätte ROTER OCHSE und WuK Theaterquartier

Unter dem Titel „Mein Leben in Deutschland“ fordert 1939 ein Preisausschreiben Emigranten rund um den Globus dazu auf, über ihr Leben in Deutschland zu berichten.

Unter den Einsendungen befand sich die Autobiografie Käthe Vordtriedes (1891-1964), der im gleichen Jahr nur knapp die Flucht vor der Verfolgung durch die Nationalsozialisten in die Schweiz gelang. Dort erfährt sie von der Ausschreibung und berichtet über ihr Leben, das für sie als Jüdin immer bedrohlicher wurde. Ihr Manuskript war jahrzehntelang unauffindbar. In der Szenischen Lesung werden die Texte aus der erst 1999 entdeckten Autobiografie „Es gibt Zeiten, in denen man welkt“ lebendig. Im Anschluss an die Lesung spielt die Bremer Band 'Die Grenzgänger' ein Konzert.

**Senioren-Cafe' am 29. Januar ab 14:30 Uhr,
im Linken Laden, Leitergasse 4 :**

"Aktuelle gesundheitspolitische Diskussions- nen in Deutschland"

Was ändert sich 2020 für Bürger und Patienten?
Wie verbindlich sind Patientenverfügungen?
Wie steht es um unsere Selbstbestimmung?
Vortrag und Diskussion mit Dr. habil Viola Schubert-Lehnhardt

Bestandsaufnahme nach den Wahlen 2019 und politische Schlussfolgerungen

Gen. Wolfgang Dockhorn, stellv. Vorsitzender
des Rotfuchs-Fördervereins e.V.

**21. Januar 2020, 16:30 Uhr, Volkssolidarität
1990 e.V., Senioren-Service Zentrum Böllberg,
Böllberger Weg 150
Rotfuchs Förderverein e.V.
Regionalgruppe Halle**

Wir kämpfen überall um soziale Mehrheiten!

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

im Jahr 2020 werden die Weichen für die Bundestagswahl gestellt. Ob die Weichen nach rechts oder nach links gestellt werden, wird die große Richtungsentscheidung der Post-Merkel-Ära für das Land sein. Wir als LINKE müssen gemeinsam alle Kraft dafür aufwenden, dass wir im kommenden Jahr die Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft und in den bayerischen Kommunen erfolgreich bestreiten. Wir kämpfen überall um soziale Mehrheiten!

Dafür braucht die LINKE eine optimale Aufstellung. Wir wollen die Ideen und Vorschläge aller!

Deshalb beschloss der Parteivorstand, am 29.2./1.3.2020 eine Strategiekonferenz in Kassel durchzuführen. Im Vorfeld und auf der Konferenz seid ihr aufgerufen, euch mit Beiträgen aktiv zu beteiligen. (<https://strategie debate. die- linke. de>).

Auch Regionalkonferenzen sind im Januar und Februar 2020 in Planung.

Wichtig ist: Wir dürfen uns – und vor allem unsere politischen Erfolge – nicht verstecken! Der Kampf um den Mietendeckel in Berlin – im Parlament und auf der Straße – zeigt, dass wir als Partei DIE LINKE mit den richtigen Themen das ganze Land in Bewegung bringen können.

Wir haben gezeigt, dass man sich mit den großen Immobilienkonzernen anlegen kann! Inzwischen finden in vielen Städten und Bundesländern Diskussionen und Unterschriftensammlungen gegen den Mietwahn statt.

Auch das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das feststellt, dass die Hartz4-Sanktionen teilweise verfassungswidrig sind, ist ein wichtiger Zwischenerfolg – das ist auch unser Erfolg! Gerichtsurteile ersetzen natürlich nicht den politischen Kampf. Vielmehr ist das Urteil das Ergebnis unseres gemeinsamen Widerstandes gegen die Agenda 2010. Wir waren die einzige Partei, die konsequent gegen diese neoliberale Politik kämpfte und sich an die Seite der Betroffenen stellte.

Das Jahr 2020 steht im Zeichen des 75. Jahrestags der Befreiung vom Faschismus. Immer sichtbarer werden Bestrebungen in Deutschland und auf europäischer Ebene, einen Schlussstrich unter den antifaschistischen Konsens nach 1945 zu ziehen. Dazu



gehört, dass der Anteil der Sowjetunion am Sieg über den Faschismus inzwischen völlig verschwiegen wird. In diesen geschichtsrevisionistischen Trend passt sich der jüngste vereinsrechtliche Angriff auf die VVN-BdA nahtlos ein. Gleichzeitig sind wir Zeugen davon, wie der organisierte Rechtsextremismus in der Öffentlichkeit präsenter wird und an jahrzehntelangen Selbstverständlichkeiten rüttelt. Menschen, die sich gegen Rassismus und Nationalismus stellen, werden verbal und körperlich angegriffen. Diesen Angriffen stellen wir uns als Partei DIE LINKE gemeinsam entgegen!

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, im Jahr 2020 werden die Weichen für die Zukunft gestellt. Als LINKE kämpfen wir für soziale Mehrheiten im Land. Wir sind aktiver Teil in gesellschaftlichen Bewegungen. Sei es für mehr Klimagerechtigkeit, für bessere Arbeitsbedingungen, gegen Kriegstreiberei oder beim Antifaschismus – wir kämpfen gegen gesellschaftliche Missstände und für soziale Gerechtigkeit und Frieden.

Dafür brauchen wir alle! Und wir brauchen Spenden zur Unterstützung unserer politischen Arbeit. Wir würden uns sehr über deine finanzielle Unterstützung freuen.

Mit solidarischen Grüßen
Katja Kipping, Bernd Riexinger,
Jörg Schindler, Harald Wolf

**Parteivorstand der Partei
DIE LINKE
IBAN:
DE38100900005000600000
BIC: BEVODEBB
Berliner Volksbank eG**

Warum gehen Frauen in die Politik?

Interview mit Anja Krimmling-Schoeffler

Wer Petras Podcast noch nicht kennt, sollte dies unbedingt nachholen, denn seit einem Jahr dreht er sich nicht nur um aktuelle Geschehnisse im Deutschen Bundestag, sondern auch um engagierte Frauen in Politik und vor allem im Ehrenamt. Damit aber auch alle, die keinen Podcast hören, an den Interviews mit den Frauen teilhaben können, gibt es ab sofort dazu eine Reihe für das Linke Blatt, die kleine Einblicke in die Podcast-Serie geben wird.

Den Anfang hat unsere neue Stadtvorsitzende Anja Krimmling-Schoeffler gemacht.

Steckbrief

Name: Anja Krimmling-Schoeffler

Beruf: Referentin für Entwicklungspolitik, Landwirtschafts- und Forstpolitik, Ernährungspolitik, Energie-, Umwelt- und Klimaschutzpolitik der LINKEN. Landtagsfraktion

Ehrenamt: Mitglied der Orga-Gruppe Fair-Trade-Town, Stadträtin, Vorsitzende des Stadtverbandes DIE LINKE. Halle und vieles mehr

Sonstiges: liest gern Krimis und geht zum Entspannen in den Garten, verheiratet

Warum bist du Stadträtin?

Weil ich dachte, ich muss mich neben meinem Beruf noch mehr engagieren. Ich bin sehr gern Stadträtin, weil Kommunalpolitik sehr greifbar ist. Man kann die Orte konkret besuchen, um die es geht. Auf der nächsthöheren Ebene ist das schon schwieriger, weil Sachsen-Anhalt ein Flächenland ist und man mit den öffentlichen Verkehrsmitteln viel Zeit benötigt.

Wie waren deine Erwartungen an die erste Legislatur als Stadträtin?

Ich hatte vor allem ganz viel Respekt vor der Aufgabe. Es ist gar nicht einfach, Entscheidungen zu treffen. Klar hat man Beschlussvorlagen und Informationen. Die müssen aber in den richtigen Kontext eingearbeitet werden. Mittlerweile macht Kommunalpolitik viel Spaß, auch mit den anderen um Kompromisse zu ringen.

Du bringst Umweltthemen bei den LINKEN ein. Ist dir DIE LINKE nicht grün genug?

Ich glaube, meine Fraktion weiß mittlerweile ganz genau, wie ich reagiere, wenn sie Plastiktüten in den Fraktionsraum mitbringen.

Das hat aber mehr etwas mit einem ökologischen Bewusstsein zu tun, und das ist nicht an einer Partei festzumachen.

Was bedeutet dir 100 Jahre Wahlrecht für Frauen?

Es ist für mich undenkbar, dass ich nicht wählen gehen dürfte oder mich nicht zur Wahl stellen könnte. Das Frauenwahlrecht ist eine Errungenschaft, die wir heute haben und von anderen Frauen erkämpft worden ist. Dennoch: Erst seit 1971 gibt es das Wahlrecht in der Schweiz und es gibt heute noch Länder, in den Frauen kein Auto fahren oder ein Café betreten dürfen. Da sind wir noch ein ganzes Stück entfernt von der Gleichberechtigung.

Das Wahlrecht ist eine Art der Mitbestimmung, die man sonst nicht hat.

Was muss noch geschehen, damit mehr Frauen in die Politik gehen?

Politik ist nach wie vor sehr stark männlich geprägt. Für Marie Kettmann, der ersten Frau im Anhaltischen Landtag, wird das auch ein beklemmendes Gefühl gewesen sein. Es doch eigenartig, wenn nur Männer mit im Raum sitzen. Dann sind auch die Rollenklischees in unserer Gesellschaft noch sehr stark geprägt. Auch da ist noch jede Menge Arbeit, auch von den Frauen selbst. Ich weiß es von mir selbst, wenn man versucht, alles richtig zu machen, kommt man an seine Grenzen und man sollte Erwartungen, die man an sich selbst hat, ein Stück herunterschrauben. Es ist nicht immer wichtig, alles perfekt zu machen. Manchmal ist es auch wichtig, es zu machen.

Das Interview in voller Länge und alle anderen Podcastfolgen können über Petras Homepage www.petra-sitte.de, Facebookseite oder direkt bei Soundcloud nachgehört werden.

In Berlin und (H)alle dabei - Wurzelpflege

Das neue Jahr hat begonnen und ich hoffe, dass ihr alle erholt und voller Energie nach 2020 gekommen seid. In meinem Adventskalender-Jahresrückblick habe ich mich im Dezember mit ehrenamtlichen und zivilgesellschaftlichen Strukturen unserer schönen Saalestadt befasst und dabei kam ich immer wieder ins Staunen, wo wir engagierte Menschen antreffen und welche Projekte wir gemeinsam ausrichten können.

Die Gesellschaft braucht das Ehrenamt. Ehrenamtlich arbeitende Menschen unterstützen Aktionen, Initiativen, Organisationen, Vereine und Verbände auf vielfältige Art und Weise. Sie geben dafür ihre Zeit, ihr Wissen, ihr Können und ihre Arbeitskraft meist kostenfrei oder gegen eine kleine Aufwandsentschädigung her. Viele Initiativen könnten ohne die Leistung Ehrenamtlicher nicht effektiv und langfristig arbeiten und existieren.

Auch DIE LINKE ist auf die ehrenamtliche Arbeit von Genossinnen und Genossen angewiesen. Sie helfen an Infoständen, im Wahlkampf, bei Aktionen und Kampagnen vor Ort. Dadurch unterstützen sie nicht nur meine politische Arbeit und die Arbeit der hauptamtlich Beschäftigten und anderen Abgeordneten. Sie leisten auch einen großen Anteil an Bildungsarbeit und helfen bei der Verbreitung linker Wertvorstellungen wie Solidarität, Toleranz, Demokratie und Gerechtigkeit. Sie stellen sich in ihrer Freizeit Nazis in den Weg, verteilen Flyer und Postkarten, laufen auf Demos mit und unterstützen linke Strukturen auf diese Weise bei ihrem Kampf um eine gerechtere Gesellschaft.

Wir brauchen Ehrenamtliche, so wie jeder Baum die Erde braucht, um sich mit seinen Wurzeln darin tief verankern zu können. Und so wie wir darauf achten einem Baum nachhaltig alle lebenswichtigen Ressourcen zukommen zu lassen, so müssen wir auch nachhaltig mit unserem Aktivismus umgehen. Wie gelingt uns das?

Nachhaltiger Aktivismus hat viele Wurzeln - spirituelle (Befreiungstheologie, Befreiungspsychologie, engagierter Zen-Buddhismus etc.), psychologische (Resilienzforschung etc.) und aus den sozialen Bewegungen kommende (Frauenbewegung etc.). Sie alle gehen der Frage nach, wie Ehrenamtlichkeit nachhaltig gestaltet sein kann, um sie langfristig zu erhalten. Das ist eine hoch spannende Frage, die auch linke

Strukturen diskutieren (sollten), denn auch wir sind hier nicht frei von hohen Ansprüchen und Leistungsdenken und entsprechend genauso von deren Folgen, wie Überforderung und Burnout, betroffen. Wir setzen uns stets hohe Ziele, wollen und müssen die Gesellschaft zu einer faireren und toleranteren verändern, keine Frage. Dem Druck, den wir uns selbst dabei machen, muss aber auch standgehalten werden können. Unsere Aktiven kommen schließlich aus der noch unperfekten und prekären, intoleranten und unfairen Gesellschaft. Das ist ihr Alltag. Im Ehrenamt sollen sie sich entfalten können, ohne daran auszubrennen. Das hat viel mit Strukturen, Machtverhältnissen und Hierarchien innerhalb linker Systeme zu tun, aber auch mit Gesprächs- und Konfliktkulturen, linken Moralvorstellungen und Wertschätzungen.

Es macht einen Unterschied, ob im Plenum stets der Blick auf das Negative fällt: Das Projekt lief nicht gut. Diese Aktion war nicht erfolgreich. Wir sind gegen dies und gegen das und generell ist die Gesellschaft schlecht. Wenn wir es nicht tun, dann tut es kein anderer für uns. Oder ob wir einfach mal den Blick ein wenig verändern und ihn auf Teilziele lenken, uns erlauben, auch kleine Erfolge zu feiern (!) oder unsere Kräfte lieber für drei, statt für fünf Großaktionen zu bündeln. Ehrenamtliche Gruppen leisten viel, aber auch sie dürfen und müssen nicht alles leisten können. Eine Aktion auch einmal nicht stattfinden lassen zu dürfen, weil dafür die zeitlichen und personellen Ressourcen fehlen, muss auch erlaubt sein - ohne Vorwürfe und schlechtes Gewissen. Ehrenamtliche Kräfte können sich auf diese Weise auch einmal erholen und neu sammeln.

Aktive müssen gestärkt werden. Da spielen auch ihre gruppeninternen Strukturen eine wichtige Rolle; zum Beispiel im Umgang mit Konflikten, mit dem Diskussionsverhalten (Stichwort: RednerInnenliste), mit der Quantität und Qualität von Pausen oder im Umgang mit einem Nein und anderen Formen von individuellen Grenzsetzungen. Auch ein Blick auf die Aufgabenverteilung, auf versteckte Ressourcen (BündnispartnerInnen, andere Gruppen, methodisches Know-How etc.) oder die Kommunikation mit den hauptamtlichen Strukturen ist hilfreich. Außerdem: Wie geht man mit dem Konflikt zwischen den eigenen Wertvorstellungen und Bedürfnissen um und wie mit

dem Wunsch nach Freizeit? Wie gut sind die Strukturen auf Menschen mit Familie ausgerichtet? Was passiert eigentlich, wenn Aktive ausscheiden? Bieten wir ihnen alternative Strukturen? Wie gehen wir mit ihren Beweggründen um? Wie danken wir ihnen für ihr Engagement? Wie profitieren wir auch dann noch von ihren Erfahrungen? Und wie profitieren wir von Aktiven, die nicht ausschließlich in unserer Partei aktiv sind, sondern auch noch anderen ehrenamtlichen Tätigkeiten nachgehen? Und so weiter und so weiter. Hand aufs Herz: Wie schaut es wirklich aus mit Hierarchien und Machtverhältnissen innerhalb der Gruppe?

Manchmal tun es auch schon Kleinigkeiten, die die Wertschätzung ehrenamtlicher Arbeit steigern und auf diese Weise neue Kräfte mobilisieren: ein informelles Plenum in der nächsten Kneipe, eine Ration Wasser und Kekse oder vielleicht ein paar Sitzhocker am Infostand für die HelferInnen, eine kleine Feier am Ende einer erfolgreichen Kampagne oder Aktion, eine RednerInnenliste, Pausen, gemeinsame Ausflüge ohne Protokoll und Tagesordnung - einfach zum

Spaß, genau! -, eine gemeinsame Tasse Kaffee in der Geschäftsstelle, weniger zerreden und diskutieren und dafür mehr Mut zum Ausprobieren neuer Ideen und Konzepte. Scheitern darf erlaubt sein!

Kurz: Darf man sich auch einfach mal wohlfühlen und sich etwas gönnen?

Einfache Frage.

Aber wie sieht es mit der Antwort aus?

Wir wollen viel leisten.

Dafür brauchen wir Kraft. Diese Kraft schöpfen wir aus Ressourcen, aus Wertschätzung und der Kommunikation miteinander. Es stehen viele Fragen hier. Lasst uns darüber nachdenken, sie diskutieren und vor allem dann auch praktisch angehen und unser neues Vorstandsteam in ihren Vorhaben unterstützen und neugierig sein auf das Neue. Viel Spaß dabei. Ihr leistet großartige Arbeit, liebe Aktive! Schauen wir, wie wir uns gegenseitig noch besser dabei unterstützen können.

Auf ein gutes und aktives Jahr 2020!

Dr. Petra Sitte

+ + + Landtagsticker + + +

Ausgewähltes aus der Landtagssitzung vom 16.-19.12.2019

#Landeshaushalt

Landeshaushalt für 2020/21 endlich eingebracht

Erneut mit riesiger Verspätung wurde nun endlich der Doppelhaushaltsentwurf für die Jahre 2020/21 von der Landesregierung eingebracht. Nunmehr können die Verhandlungen in den Ausschüssen dazu erst im neuen Jahr beginnen. Das führt zu Verunsicherungen, weil frühestens Ende März die Verabschiedung des Haushaltes ansteht, bis dahin aber Kommunen, Landkreise und viele Träger aller Bereiche im Unklaren sind, ob, wann und wieviel Landesmittel für das Jahr 2020 bereitstehen werden. In seiner Haushaltsrede kritisierte der Fraktionsvorsitzende Thomas Lippmann viele Schwachstellen im Entwurf und vor allem die mit dem Beschluss am Donnerstag mit den Stimmen der Koalition durchgesetzte Rettung der NORD/LB, gegen die die Fraktion DIE LINKE gestimmt hat.

#Antifaschismus

Antifaschismus und zivilgesellschaftliche Arbeit sind gemeinnützig

Die Aberkennung der Gemeinnützigkeit verschiedener Vereine wie attac, campact oder der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN-BdA) durch örtliche Finanzämter zeigt, dass das bundesdeutsche Gemeinnützigkeitsrecht veraltet ist und wichtige Teile des vielfältigen und legitimen zivilgesellschaftlichen Engagements im 21. Jahrhundert nicht mehr angemessen abbildet. Mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE, den unsere innenpolitische Sprecherin Henriette Quade einbrachte, wird die Landesregierung daher aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass das Gemeinnützigkeitsrecht modernisiert und durch die Erweiterung des Gemeinnützigkeitskatalogs in § 52 der Abgabenordnung präzisiert wird.

Ziel muss es sein, dass die Mitwirkung von Vereinen an politischer Willensbildung - ohne dabei Parteien zu fördern - als gemeinnützig anerkannt wird.

#Ehrenamt

Feuerwehren im Ehrenamt nicht beschneiden

Mit dem Antrag fordert der Fraktion DIE LINKE die Landesregierung gefordert, eine Anweisung des Landesverwaltungsamtes vom 6. Februar 2019 aufzuheben. Danach sollten die Kommunen die Kreis-ausbilder im Rahmen ihrer Ausbildungstätigkeiten nicht mehr als Ehrenamt einstufen. Die Feuerwehren bilden das zentrale Element der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr. Sie haben darüber hinaus eine besondere Bedeutung für die Leistungsfähigkeit der Katastrophenabwehr in Sachsen-Anhalt. Wie in fast allen Ländern wird der Brandschutz auch in Sachsen-Anhalt durch ein flächendeckendes Netz von ehrenamtlichen Feuerwehrleuten gewährleistet. In diesem Sinne verfehlt das Schreiben des Landesverwaltungsamtes das Ziel die freiwilligen Feuerwehren im Land zu stärken. Durch den Wegfall einer ehrenamtlichen Vergütung sieht unsere Sprecherin für Brand- und Katastrophenschutz, Katja Bahlmann, eine Gefahr für die Feuerwehrtätigkeit und dem Brandschutz vor allem im ländlichen Raum.

#Regional

Keine Erdölerprobung in der Altmark, Tourismusgebiet Arendsee erhalten

Bereits im Juli erteilte das Landesamt für Geologie und Bergwesen einem Unternehmen eine Aufsuchungserlaubnis für bergfreie Bodenschätze - Kohlenwasserstoffe nebst den bei ihrer Gewinnung anfallenden Gasen für gewerbliche Zwecke in der Altmark. In der Region, d.h. vor allem in der Gemeinde Arendsee, aber auch in den beiden Altmarkkreisen Stendal und Salzwedel wurde diese Aufsuchungserlaubnis mit großem Unverständnis aufgenommen. Mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE soll der Landtag unter anderem feststellen, dass die Aufsuchung bergfreier Bodenschätze wie Erdöl und Erdgas für gewerbliche Zwecke und die daraus folgende Erdöl- und Gasgewinnung unter Einsatz von umwelt- und gesundheitsgefährdenden Verfahren grundsätzlich abzulehnen. Grund dafür ist nach Aussagen des wirtschaftspolitischen Sprechers Andreas Höppner vor allem, dass die Risiken für Mensch und Umwelt derzeit nicht abschätzbar seien.

Vor allem rund um die Gemeinde Arendsee steht dies nicht im Einklang mit der bisherigen Konzeption zur Erschließung und Weiterentwicklung als touristischer Standort. Die Landesregierung wird unter anderem aufgefordert, alles zu unternehmen, um eine Gefährdung der Ausweisung als Luftkurort und damit einhergehend der touristischen Entwicklung Arendsees und der umgebenden Gemeinden durch das Aufsuchen und die Gewinnung von Erdöl und Erdgas zu verhindern.

#aktuell debattiert

Öffentliche Krankenhauslandschaft in Sachsen-Anhalt erhalten und stärken

Sowohl in den vergangenen Jahren als auch derzeit ist die Finanzausstattung der Krankenhäuser und Universitätsklinik in Sachsen-Anhalt unzureichend. Das Land Sachsen-Anhalt kommt seiner Verpflichtung zur Finanzierung der Investitionen nur unzureichend nach. Der Regierungsentwurf zum Doppelhaushalt 2020/2021 verspricht hier kaum Besserung. Bislang kompensierten die Krankenhäuser die fehlenden Investitionsmittel durch Beschneidung der Gehälter des Personals. Durch grundsätzlich zu begrüßende Maßnahmen des Bundesgesetzgebers, wie die teilweise Herausnahme der Pflegekosten aus dem DRG-System und die Erstattung der IST-Personalkosten, ist es den Trägern der Krankenhäuser nicht mehr möglich, die Mitarbeiter zur Kompensation der fehlenden Landesmittel heranzuziehen. Für das Land Sachsen-Anhalt ergibt sich hieraus die Pflicht, künftig die notwendigen Investitionsmittel im Haushalt bereitzustellen. Für die Fraktion DIE LINKE ist das Anlass, eine aktuelle Debatte zum Thema im Landtag zu führen, zu der unser finanzpolitischer Sprecher Swen Knöchel sprach.

#Links wirkt

Künftige Gestaltung der Förderschulen

Bereits im Juni 2019 hatte die Fraktion DIE LINKE die Landesregierung aufgefordert, den Beschluss des Landtags „Konzept zur künftigen Gestaltung von Förderschulen“ vom 29. September 2016 spätestens bis zum 16. August 2019 umzusetzen.

Nach einer weiteren Beratung im Ausschuss für Bildung und Kultur konnte dieser Antrag für erledigt erklärt werden, da der Beschluss mit dem inzwischen vorliegenden Konzept für ein Landesprogramm zur Fortführung der Schulsozialarbeit umgesetzt ist.

Post von Lene

Liebe Linke,
ihr habt bestimmt inzwischen mitgekriegt, dass ich von Natur aus neugierig bin. Naja, man kann ja auch mal ein Gespräch belauschen oder in Zeitungen nach interessanten Sachen suchen und anschließend eine Nachfrage starten. Oder?

So las ich in der Linkenzeitung ND von einem Verein namens VVN-BDA, dem die Gemeinnützigkeit entzogen werden sollte.

Da habe ich erst einmal nachgeforscht, was das ist- ein gemeinnütziger Verein. Vielleicht ist das ein gemeiner Verein Sinne von „schoflich“ oder steht das für allgemein nützlich? Im Duden steht das Wort zwar drin, aber nicht erklärt. Als ich schließlich Opa danach fragte, antwortete er mit einem Sprichwort: „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“. Da war das alles für mich klar. Solche Vereine gibt es z. B. für Schach, Turnen, Schwimmen, Feuerwehr und so. Die werden also finanziell unterstützt. Ist ja auch in Ordnung, finde ich. So, nun musste ich noch rauskriegen, was VVN-BDA bedeutet und fand die Antwort im ND: VVN-BDA heißt übersetzt „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes- Bund der Antifaschisten“

Da habe ich wieder Opa befragt. Er hat es mir so erklärt: Nach dem Sieg über die Faschisten schlossen sich die überlebenden Verfolgten des Naziregimes in allen europäischen Staaten, auch in Deutschland, zu eigenen Organisationen zusammen. Dazu gehörten z. B. Kommunisten, Sozialdemokraten, Menschen jüdischen Glaubens und andere durch die Nazis Verfolgte. Sie schworen sich, sagte Opa, die Menschen über die Naziverbrechen aufzuklären und alles zu tun, damit so etwas nie wieder geschehen kann. 1951, also sechs Jahre nach der Befreiung, wurde die VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes) in der BRD verboten. Das passierte unter dem damaligen Bundeskanzler namens Adenauer (CDU!).

Und nun kommt das Entsetzlichste: Menschen, die sich nicht an das Verbot hielten, wurden zu Hunderten

verhaftet und durften ihren Beruf (z.B. Lehrer) nicht mehr ausüben; einige wurden sogar ins Zuchthaus gesperrt. Erst Jahre später wurde das Verbot aufgehoben.

Ehemalige Nazirichter, Staatsanwälte und Offiziere, die an den Naziverbrechen beteiligt waren, konnten sich einfach als harmlose „Mitläufer“ ausgeben und kamen wieder in Amt und Würden. Unglaublich!!

In der DDR hieß diese antifaschistische Vereinigung „Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer“. Nach 1990 schlossen sich die westdeutschen und die ostdeutschen Verbände zur VVN-BDA zusammen. Und plötzlich soll diese Vereinigung kaputtgemacht werden, weil sie angeblich nicht gemeinnützig wäre? Das darf doch nicht wahr sein! Das alles geht von Bayern aus, hörte ich- und die Begründung? Opa hat sie für mich im ND unterstrichen: „Die Vereinigung ist die bundesweit größte linksextremistisch beeinflusste Organisation im Bereich des Antifaschismus.“

Dabei hat der Bund nur 6000 Mitglieder in ganz Deutschland!

Und nun kommt es ganz dicke: Das Berliner Finanzamt hat dem Bundesverband der VVN-BDA die Gemeinnützigkeit aberkannt!!! Das, erfuhr ich weiter, bedeutet, dass er Steuern in fünfstelliger!!! Höhe nachzahlen müsste.

Das ist einfach unglaublich. Haben die Neonazis und die rechte AfD bereits so großen Einfluss in Deutschland, dass so etwas wieder möglich ist?

Warum wird z. B. eine Nazi-Partei wie die NPD nicht verboten?

Und einer Vereinigung wie die VVN-BDA soll die Gemeinnützigkeit entzogen werden?

Das dürfen nicht nur wir Linken, sondern auch Sozialdemokraten und Grüne und andere Antifaschisten nicht zulassen.

Tschüs, Eure Lene



Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
DIE LINKE Saalekreis
Leitergasse 4
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de
Anja Krimmling-Schoeffler/
Jan Röttschke (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 600 Exemplare
Spende erbeten
Endredaktion dieser Ausgabe:
09.01.2020
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 06.02.2020

Es gibt kein ruhiges Hinterland - über den antifaschistischen Protest in Schnellroda

Seit 2016 gibt es mehrmals im Jahr antifaschistische Demonstrationen im kleinen Dorf Schnellroda im Saalekreis mit ungefähr 200 Einwohner*innen. Grund dafür ist die Tatsache, dass sich dort mit dem „Institut für Staatspolitik“ (IfS) und dem „Verlag Antaios“ von Götz Kubitschek eines der Zentren der selbsternannten „Neuen Rechten“ befindet. Denn seitdem Kubitschek mit seiner Familie im Jahr 2003 auf einen alten Bauernhof nach Schnellroda gezogen ist, versuchen er, seine Ehefrau Ellen Kositzka und wechselnde Mithetzer aus dem Ort ein Vorzeigeprojekt für ihre völkische Ideologie zu machen. Das liegt allerdings nicht daran, dass die Menschen in Schnellroda zwangsläufig rechter wären, als in anderen Teilen Deutschlands - vielmehr führt die reaktionäre Vorstellung der Faschist*innen sie selbst aufs Land. Kubitschek und Co. waren damit Trendsetter*innen in der rechten Szene, die sich einbildet, dass es auf dem Land „im Osten“ noch „echte Deutsche“ - das heißt ebensolche Menschenfeind*innen wie sie - geben würden. Auch das „neurechte“ Portal „Ein Prozent für unser Land“ oder die Anastasia-Bewegung in Grabow (Brandenburg) bzw. Wienrode (Sachsen-Anhalt) versuchen, ihre völkischen Phantasien dementsprechend in ähnlichen Orten gedeihen zu lassen.

In Schnellroda sollen die antifaschistischen Demonstrationen, die aus der Region heraus initiiert wurden, deshalb zweierlei zeigen: Zum einen soll deutlich gemacht werden, dass es keinen Ort geben kann, in dem die eigentlich absurde Vorstellung einer homogenen Volksgemeinschaft Realität werden kann. Und genau das zeigen nicht nur die Demos dort, sondern an etlichen Orten: Überall, wo Rechtsextreme einen Ort übernehmen wollen, gibt es Widerspruch. Dieser wird oftmals angefeindet, bekämpft und unterdrückt, aber es gibt ihn und damit fällt auch die rechte Projektion. Zum anderen soll in Schnellroda darauf aufmerksam gemacht werden, was tatsächlich passiert. Denn dort treffen sich zu den jährlichen Winter- und Sommerakademien über 100 Rechtsextreme aus der „Deutschen Burschenschaft“, der „Identitären Bewegung“, der AfD oder aus Nazi-Kameradschaften. Etwas was sonst vor allem als klassische faschistische Demonstration a la Pegida oder „Trauermarsch“ zu beobachten ist, findet hier als vermeintlich intellektuelles Event

statt. Man gibt sich bei Kubitschek neurechts und belesen, aber drückt trotzdem faschistoides und gewaltsames Gedankengut aus, vernetzt sich und bereitet die Propaganda rechtsextremer Politik vor.

Damit das nicht ohne Widerspruch geschieht, kommen Anwohner*innen und Angereiste bei jeder Akademie zur Gegendemonstration zusammen. Das ist zuletzt am 11. Januar 2020 passiert und wird wahrscheinlich im September erneut soweit sein - wer also möchte und Zeit hat, rechtsextremen Struktur aktiv das vermeintlich ruhige Hinterland zu nehmen, der*die sollte bei den Organisator*innen vom Kollektiv „IfS dichtmachen“ vorbeischaun!

(<https://ifsdichtmachen.noblogs.org/>)

Diskussion „Ein Angebot für einen Sozialstaatsdialog in Sachsen-Anhalt“

Im Namen des Stadtverbandes lädt der Ortsverband Mitte alle Genoss*innen ganz herzlich zur Diskussion über den Landesvorstandstext ein: „Ein Angebot für einen Sozialstaatsdialog in Sachsen-Anhalt“ mit der stellvertretenden Landesvorsitzenden **Janina Böttger** und dem Fraktionsvorsitzenden im Landtag, **Thomas Lippmann**.

Dienstag, den 21.01.2020, 18:00 Uhr, in das Casino in Strieses Biertunnel, Schulstraße 2, 06108 Halle (Saale)

Zur Vorbereitung könnt ihr ihn hier: <https://kurzlink.de/SSD> herunterladen oder ihn euch ausgedruckt im Linken Laden abholen. Wir freuen uns über zahlreiches Erscheinen
Viele Grüße
DIE LINKE Stadtverband Halle (Saale)

**Gedenken Karl Meseberg
11. Februar, 11:00 Uhr,
auf dem Südfriedhof.**

Statement des Stadtvorstandes zu den Vorfällen in Leipzig Connewitz

In den letzten Tagen hat das Geschehen aus unserer Nachbarstadt Leipzig die bundesweite Presse fast schon dominiert. Denn hier kam es in der Silvester-Nacht zu Auseinandersetzung zwischen Feiernden und Polizist*innen mit Verletzten auf beiden Seiten. Leider ist daraufhin eine Debatte entbrannt, die mehr der Feindbildpflege diente und weniger eine ernsthafte Aufklärung im Sinn hatte. Insbesondere einige unserer Leipziger Genoss*innen, die kommunal und/oder landespolitisch aktiv sind und das Polizeiverhalten kritisch hinterfragen wollten, wurden Opfer rechter Stimmungsmache und absurder „Extremismus“-Vorwürfe. Als Stadtvorstand in Halle wünschen wir in erster Linie allen Verletzten gute Besserung und solidarisieren mit denjenigen, die jetzt mit Hass im Netz und im realen Leben überzogen werden. Darüber hinaus wollen wir euch auf ein Statement von der LINKEN Abgeordneten Jule Nagel hinweisen, die die Debatte ebenfalls bewertet: <https://jule.linxnet.de/index.php/2020/01/anmerkungen-zur-debatte-um-silvester-in-connewitz/>

Anmerkungen zur Debatte um Silvester in Connewitz (von Jule Nagel)

Die Debatte um Silvester am Connewitzer Kreuz zog in den vergangenen Tagen weite Kreise, bis in die Bundespolitik hinein. Zahlreiche Medien nahmen vor allem die Perspektive der Polizei auf. Tweets, die ich als Augenzeugin vor allem im Hinblick auf die erlebte Polizeigewalt absetzte, wurden Auslöser von Verurteilungen vor allem des rechten politischen Lagers und zahlreicher rechter Scharfmacher*innen.

Auch von (vermeintlichen) Verteidiger*innen des Rechtsstaates bekam ich zahlreiche hasserfüllte und bössartige Nachrichten. Vermeintlich schreibe ich, weil aus zahlreichen Worten eher ein autoritäres Staatsverständnis spricht, in dessen Sinne es nicht denkbar ist, dass Menschen auch Kritik an polizeilichem Handeln üben. In einigen Wortmeldungen wird so ein hartes Durchgreifen gegen Links gefordert und sogar Gewalt legitimiert.

Genauso wird die von mir formulierte Kritik an der Polizei von zahlreichen Akteuren zur Legitimation von Gewalt gegen die Polizei verkehrt. Absurd!

Doch: Die Darstellungen der Polizei erodieren, vor allem durch die vorbildliche Rechercharbeit von

Journalist*innen. Weder die Erzählung der Polizei Leipzig, dass ein brennender Einkaufswagen in Richtung der Polizei geschoben wurde noch die Darstellung, dass ein schwer verletzter Beamter einer Notoperation unterzogen werden musste, stimmen. Die Polizei tilgte zudem nach öffentlicher Kritik den Namen einer Privatperson, die die Polizeieinsatzstrategie in der Nacht via Twitter kritisiert hatte, aus ihrer Pressemitteilung. Allein die Nennung einer Privatperson ist höchstgradig problematisch, ordnet sich aber in die zunehmende Einmischung der Polizei in Leipzig in politische Debatten ein, was ihr qua Funktion nicht zusteht.

Nur langsam finden Stimmen, die Polizeigewalt am eigenen Leib erlebt oder beobachtet haben, oder Verletzungen von Zivilist*innen durch Polizeigewalt Eingang in die öffentliche Debatte. Die Polizei in persona des Leipziger Polizeipräsidenten weist diese Darstellungen stoisch zurück und verweigert sich der notwendigen Selbstkritik. Stattdessen werden weitere repressive Maßnahmen und eine faktische Belagerung des Stadtteils angekündigt.

Die Aufarbeitung der Silvesternacht muss weiter andauern. Es braucht ein möglichst objektives Gesamtbild. Es braucht eine kritische Revision der polizeilichen Einsatzstrategie, die eben nicht auf Deeskalation setzte, sondern die vor Wochen begonnene negative Zuspitzung des Bildes der linken Szene und des Stadtteils Connewitz fortführte.

Ich habe in den vergangenen Tagen zig Medien Interviews gegeben, habe versucht meine zugespitzten Tweets aus der Silvesternacht einzuordnen, habe dabei aber klar an meiner Kritik des Polizeieinsatzes festgehalten. Auch wenn ein grundliberales Verständnis, dass die Polizei als mächtigen gesellschaftlichen und politischen Akteur mit einer gesunden kritischen Haltung gegenübersteht, nur von wenigen formuliert wird, halte ich die derzeitige Debatte für wichtig und notwendig und wünsche mir, dass sich mehr Menschen, die vor Ort waren, zur Wort melden. Die Debatte muss dabei auch auf den Umgang des Staates mit einem selbstbewußten, selbstbestimmungsorientierten Viertel wie Connewitz bzw. seiner Bewohner*innen und der pluralen linken Szene in den Blick nehmen.

**08.02.2020, Samstag, 10:00 - 14:30 Uhr, Lesung und Podiumsdiskussion, Halle
Spurensuche - Tagebuch der Gefühle**

Mit Schüler*innen aus Halle und Apolda

Stadthaus Halle, Großer Saal, Marktplatz 2, 06108 Halle

Gemeinsame Veranstaltung der RLS Sachsen-Anhalt mit der SBH Südost und der RLS Thüringen unter Schirmherrschaft der Stadt Halle

Lesung vom Tagebuch der Gefühle: Schüler*innen von 4 Schulen aus Halle arbeiten seit ca. 2 Jahren am Projekt Tagebuch der Gefühle. Hier verfolgten sie den Weg von jüdischen Mitbürgern bis nach Auschwitz. Sie hielten ihre Erfahrungen, Gedanken und Gefühle in einem Buch fest. Nun möchten sie ihre Arbeit der Bevölkerung von Halle vorstellen. Das Tagebuch wird auch im Unterricht in der 8. und 9. Klassenstufe verwendet.

Die Schüler*innen aus Apolda, stellen ihre Ergebnisse aus dem Projekt „30 Jahre Gedenkstättenfahrt nach Auschwitz“ vor - Musik, Gedichte und Zeichnungen zum Thema Auschwitz.

Im Anschluss gibt es eine Podiumsdiskussion zum Thema Antisemitismus in Deutschland/Notwendigkeiten von Projekten

Podiumsgäste: Britta Witt (SBH); Hendrik Lange (Die Linke);

Dr. Karamba Diaby (SPD); Johannes Krause (DGB);

Teilnehmer aus der Projektgruppe Halle (IGS-Steintor)

**13.02.2020, Donnerstag, 17:00 - 19:00 Uhr, Projektvorstellung und Diskussion
Hungriges Halle - Wie wird die Stadt satt?**

Mit Anton Brokow-Loga, Malena Rottwinkel und Studierenden der Bauhaus-Universität Weimar

Hörsaal des Landesmuseums für Vorgeschichte, Richard-Wagner-Straße 9, 06114 Halle (Saale), Zutritt über den Seiteneingang in der Richard-Wagner-Straße auf Höhe der Straßenbahnhaltestelle (Landesmuseum für Vorgeschichte)

Gemeinsame Veranstaltung der RLS Sachsen-Anhalt mit der Professur Sozialwissenschaftliche Stadtforschung der Bauhaus-Universität Weimar

Wisst ihr noch, was ihr heute Morgen zum Frühstück gegessen habt? Und habt ihr euch schon mal darüber Gedanken gemacht, wo und wie dieses Essen angebaut, geerntet, gelagert, weiterverarbeitet und transportiert wurde, bis es auf eurem Tisch gelandet ist? Genau damit haben wir uns im Zuge des Forschungsprojekts „Hungriges Halle - Wie wird die Stadt satt?“ beschäftigt. Die Frage, ob Ernährung, wie sie heute praktiziert wird noch tragbar ist, welche Alternativen es gibt und welche davon in Halle vertreten sind, wurden zum Kern unserer Auseinandersetzung. Vor Ort und mit Unterstützung verschiedener Initiativen und Projekte haben wir einen konkreten Einblick in die alternative Ernährungslandschaft Halles erhalten. Unser Augenmerk hat sich dabei insbesondere auf die soziale Zugänglichkeit gerichtet: Wer nutzt die Angebote eigentlich? Und ist es möglich und auch erstrebenswert auf diesem Wege die ganze Stadt zu ernähren? Die gesammelten Ergebnisse wollen wir nun nicht nur mit euch teilen, sondern auch diskutieren und besprechen. Alle, die daran Interesse haben, sind uns herzlich willkommen.



Vorschau Februar

**Senioren-Cafe' am 26. Februar, ab
14:30 Uhr, im Linken Laden, Leitergasse 4
„Zeitgedanken - Gedanken und
Beobachtungen einer 67-Jährigen“**

Referentin: Frau Kerstin Schnabel

Den Mangel beenden! Unseren Kindern Zukunft geben!



Gute Bildung braucht Personalschlüssel im Schulgesetz!

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

das **Bildungsbündnis „Den Mangel beenden! Unseren Kindern Zukunft geben!“** ist ein Zusammenschluss von Eltern-, Schüler- und Pädagogen-Verbänden sowie von Politikerinnen und Politikern aus Sachsen-Anhalt.

Mit einem **Volksbegehren** wollen wir **das Schulgesetz in Sachsen-Anhalt ändern** und damit die **Mindestanzahl an Lehrerinnen und Lehrern, an pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und an Schulsozialarbeiterinnen und -arbeitern in Abhängigkeit von der Anzahl an Schülerinnen und Schülern erstmals verbindlich festschreiben**.

Seit Jahren sinkt in Sachsen-Anhalt die Versorgung der Schulen mit Lehrkräften und pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, obwohl die Anzahl der Schülerinnen und Schüler schon seit zehn Jahren wieder beständig ansteigt. Selbst die erfolgreiche Volksinitiative aus dem Jahr 2017 hat nicht ausgereicht, die Landesregierung zu grundlegenden Korrekturen ihrer Schulpolitik zu bewegen. Darüber hinaus gibt es keine Sicherheit, dass die seit vielen Jahren mit EU-Fördermitteln aufgebauten Angebote der Schulsozialarbeit dauerhaft fortgeführt und bedarfsgerecht ausgebaut werden.

Zwischen dem Lehrkräftebedarf und dem tatsächlichen Lehrkräftebestand klappt eine immer größere Lücke (→ **Grafik**). Es häufen sich Berichte über umfangreiche Stundenausfälle, über Fächer, die gar nicht mehr unterrichtet werden können, über verkürzte Unterrichtstage oder -wochen bis hin zur zeitweiligen Schließung ganzer Schulen. Die verlässliche Öffnungszeit an den Grundschulen und die Unterstützung für die Kinder und Jugendlichen mit körperlichen oder geistigen Behinderungen sind an vielen Schulen nicht mehr gesichert, weil Hunderte pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fehlen.

Unser Bündnis will diese katastrophale Entwicklung stoppen und umkehren. **Dafür brauchen wir einen festen Personalschlüssel im Schulgesetz**, denn:

1. Für Kinder bis zum Schuleintritt und in Horten stellt ein fester Personalschlüssel im Kinderförderungsgesetz (KiFöG) die Qualität der Betreuung sicher. **Für die Qualität der schulischen Bildung fehlen solche Vorgaben bisher im Schulgesetz**. Derzeit kann das Bildungsministerium den Lehrkräftebedarf für die Schulen per Erlass willkürlich absenken und über den Einsatz der weiteren sozialpädagogischen Fachkräfte nach Gutdünken und Haushaltslage bestimmen.
2. Mit Personalschlüsseln im Schulgesetz wird der Mindestbedarf an Lehrkräften und sozialpädagogischen Fachkräften künftig an die tatsächliche Anzahl an Schülerinnen und Schülern gebunden. **Ein Unterschreiten der Personalschlüssel würde den Mangel sofort offenkundig machen.**



3. Ein fester Personalschlüssel im Schulgesetz stellt eine **wichtige Zielvorgabe für das politische Handeln** dar. Damit würde ein **verbindliches und aktuelles Planungsinstrument** geschaffen, um u. a. die Anzahl und Ausrichtung von Studienplätzen für Lehrkräfte, den Umfang von Neueinstellungen und schließlich die dafür einzuplanenden Kosten im Landeshaushalt festzulegen. Damit könnte künftig einem Mangel an Lehrkräften und sozialpädagogischen Fachkräften frühzeitig entgegengesteuert werden.

Die Sicherung einer guten Schulbildung für unsere Kinder und Jugendlichen erfordert eine bessere Grundlage in unserem Schulgesetz. Dieses Ziel können wir mit einem Volksbegehren erreichen.

Wenn unser Gesetzentwurf von ca. 170.000 Beteiligungsberechtigten unterstützt wird, muss ihn der Landtag unverändert annehmen oder bei Ablehnung einen Volksentscheid herbeiführen. Unterzeichnen Sie deshalb unser Volksbegehren und sammeln Sie auch Unterschriften von Ihren Freunden und Verwandten.

Lehrkräfte-Bedarf und Lehrkräfte-Bestand im Einsatz in der Schule

(LK-Bedarf bei Fortschreibung der Bedingungen der Schuljahre 2009/10 bis 2012/13 mit UV = 105%)



Blaue Linie: **Errechneter Lehrkräftebedarf**, der für ein Unterrichtsangebot erforderlich ist, wie es in den Schuljahren 2009/10 bis 2012/13 bestand. Außerdem ist darin ein zusätzlicher Personalaufwuchs von insgesamt ca. 300 Vollzeitlehrkräften gegenüber dem Ausgangsschuljahr 2009/10 enthalten, um den steigenden Anforderungen bei der Inklusion, beim Sprachunterricht, bei der Erweiterung von Ganztagsangeboten und bei der Bildung von Grund- und Leistungskursen an den Gymnasien gerecht zu werden.

Rote Linie: **Tatsächlicher Lehrkräftebestand** (Vollzeitlehrkräfte, gemessen in VZÄ), der in den Schulen für den Unterricht inklusive der Vertretungsreserve und für die in der Schule eingesetzten Anrechnungsstunden zur Verfügung steht. (Quelle: Unterrichtsstatistik des Bildungsministeriums)

Unterrichtsversorgung (UV): Bei einer UV von 100 % können alle Unterrichtsstunden und die weiteren schulischen Angebote durch Lehrkräfte abgedeckt werden. Eine Vertretungsreserve (Erfahrungswert 5 %) ist erforderlich, damit bei der Abwesenheit von Lehrkräften möglichst kein Unterricht ausfällt.

Den Mangel beenden! Unseren Kindern Zukunft geben!



Volksbegehren für eine Änderung des Schulgesetzes

Wir wollen:

- ein funktionierendes Schulsystem ohne Unterrichtsausfall mit ausreichend Lehrerinnen und Lehrern,
- genügend pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter,
- bessere Ergebnisse und gute Bildungsperspektiven für alle Jugendlichen in Lehre und Studium.

<https://www.denmangelbeenden.de/>



[info@denmangelbeenden.de/](mailto:info@denmangelbeenden.de)